

Vorlagen zur Arbeitszeitpolitik im Plenum

21.5.2026 - | Deutscher Bundestag

Liveübertragung: Freitag, 22. Mai, 10.10 Uhr.

Der Bundestag berät am **Freitag, 22. Mai 2026**, Forderungen aus der Opposition zur **Arbeitszeitpolitik**. Grundlage der Debatte sind ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([21/5781\(Dokument, öffnet ein neues Fenster\)](#)), der auf „Vereinbarkeit statt Verfügbarkeit“ dringt, sowie ein Antrag der Fraktion Die Linke ([21/5396\(Dokument, öffnet ein neues Fenster\)](#)), der den Achtstundentag im EU-Recht verankern will. Beide Vorlagen sollen im Anschluss an die Aussprache in die Ausschüsse überwiesen werden. Federführend soll der Ausschuss für Arbeit und Soziales sein.

Antrag der Grünen

Die Grünen wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und fordern eine „moderne Arbeitszeitpolitik“. Diese dürfe nicht bedeuten, dass Beschäftigte ständig verfügbar seien, betont die Fraktion in ihrem Antrag. Bereits heute würden viele Beschäftigte bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit und darüber hinaus arbeiten. „Psychische Erkrankungen wie Depressionen, Angststörungen oder Burn-out haben in den letzten Jahren massiv zugenommen“, kritisieren die Abgeordneten.

Sie verlangen deshalb von der Bundesregierung unter anderem, den Acht- beziehungsweise Zehnstundentag im Arbeitszeitgesetz (ArbZG) zu erhalten, „damit Beschäftigte vor überlangen Arbeitszeiten geschützt sind und länger gesund arbeiten können“. Beschäftigte sollen mehr Zeitsouveränität erhalten, unter anderem durch die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit in Absprache mit ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern in individuellen und flexiblen Modellen festzulegen. „Dabei ist darauf zu achten, dass die vermehrte Flexibilisierung von Arbeit und Arbeitszeiten nicht zu Lasten der Arbeitnehmenden geht“, so die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie fordert darüber hinaus Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung, zum Ausbau und zur Qualitätsverbesserung von Kitas und zur Entlastung pflegender Angehöriger.

Antrag der Linken

Die Fraktion Die Linke fordert in ihrem Antrag, den Achtstundentag im EU-Recht zu verankern und Beschäftigte zu schützen. Die Forderung, den Achtstundentag abzuschaffen, sei kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt zulasten hart erkämpfter Arbeitnehmerrechte. „Die Verwirklichung würde Familien vor eine Zerreißprobe stellen, das soziale Leben einschränken und Ausbeutung verschärfen“, warnen die Abgeordneten in dem Antrag.

Die Bundesregierung solle sich deshalb auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass eine tägliche Höchstarbeitszeitgrenze von acht Stunden zeitnah in die EU-Arbeitszeitrichtlinie (Richtlinie 2003/88/EG) aufgenommen wird, von der in einem Tarifvertrag oder aufgrund eines Tarifvertrags in einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung abgewichen werden kann, fordert Die Linke. (che/ste/19.05.2026)

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw21-de-arbeitszeit-1178888>